

# 1 Steckbrief zur SUP

## A.1 Titel des Plans oder Programms:

Änderung des Örtlichen Raumordnungsprogramms der Stadtgemeinde Eggenburg

## A.2 Kurzbeschreibung des Plans oder Programms:

In einer lokalen Änderung wurde das Bauland-Betriebsgebiet für einen bestehenden Standort eines Schlachtbetriebes erweitert.

## A.3 Neuerstellung oder Änderung bzw. Fortschreibung des Plans oder Programms:

bitte, kreuzen Sie an

Neuerstellung

Änderung bzw. Fortschreibung

## A.4 Planungssektor:

bitte, kreuzen Sie an , bei sektorenübergreifenden Planungen sind Mehrfachnennungen möglich

Örtliche Raumplanung, Stadtentwicklung

Überörtliche Raumplanung

EU-Förderprogramme

Abfallwirtschaft

Wasserwirtschaft

Tourismus

Verkehr

Naturschutz

Bergbau, Rohstoffgewinnung

Lärm, Luft, Klima

Energie

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Industrie

Anderes: \_\_\_\_\_

## A.5 Rechtsgrundlage für die SUP:

Nö Raumordnungsgesetz 1976

## A.6 Für die SUP verantwortliche bzw. federführende Stelle(n):

Stadtgemeinde Eggenburg

## A.7 Beteiligte Umweltstellen:

Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik

## A.8 Weitere Beteiligte im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung und darüber hinaus (z. B. weitere Dienststellen, Kammern, NGOs, breite Öffentlichkeit):

DI Michael Fleischmann (Ortsplaner)

DI Andrea Linsbauer-Groiss (im Auftrag des Betriebes)

## A.9 Weitere Informationen:

z. B. Internetadressen oder Publikationen mit Informationen zu dieser SUP

## A.10 Kontaktperson(en) für nähere Auskünfte:

Name: DI Gilbert Pomaroli

Stelle / Abteilung: Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik

Telefonnummer: 02742/9005 - 14239

Email-Adresse: gilbert.pomaroli@noel.gv.at

## 2 Beschreibung der ausgewählten SUP-Elemente, der Erfahrungen und der Herausforderungen

### B.1 Was ist aus Ihrer Sicht bei dieser SUP nennenswert? Inwiefern?

1. Beim Screening:

Die Gemeinde ist zunächst zum Ergebnis gekommen, dass eine Strategische Umweltprüfung nicht erforderlich sei. Begründet wurde diese Entscheidung mit der relativ kleinen Widmungsfläche und dem Umstand, dass erstmalig ein durchgehender Puffer zwischen dem Betriebsgebiet und dem Wohnbauland eingezogen würde. Die Aufsichtsbehörde hat sich dieser Entscheidung zunächst angeschlossen, weil ausschließlich die Flächenwidmung in die Beurteilung einbezogen wurde.

In weiterer Folge musste dieses Ergebnis jedoch korrigiert werden: Grund dafür war eine stärkere Gewichtung des konkreten Betriebs. Dieser war mittlerweile so groß, dass eine Aussiedlung unrealistisch war und die Erweiterungsflächen waren so konfiguriert, dass sie ausschließlich von diesem bestehenden Betrieb genutzt werden konnten. Schlachtbetriebe sind aber im Anhang II der UVP-Richtlinie genannt und somit wird auf Grund der unmittelbaren Bezugnahme des NÖ ROG auf die UVP-Richtlinie eine obligatorische SUP-Pflicht ausgelöst.

2. Bei der Organisation des SUP-Prozesses inkl. Beteiligung der Umweltstellen und der Öffentlichkeit:

Es haben Informationsveranstaltungen zum Flächenwidmungsvorhaben sowohl von Seiten der Gegner der Betriebserweiterung als auch von Seiten der zuständigen Stadtgemeinde stattgefunden.

3. Beim Scoping:

4. Beim SUP-Umweltbericht:

Der Umweltbericht weist einen vergleichsweise hohen Detaillierungsgrad auf. So wurden die Betriebsabläufe mit der aktuellen und künftigen Störungssituation relativ detailliert dargestellt. Hintergrund für diese Vorgangsweise ist die Planungsabsicht der Gemeinde gewesen, mit dieser Erweiterung des Betriebsgebiets eine derartige Verbesserung der Produktionsabläufe zu ermöglichen, dass auch die bestehende, konflikträchtige Situation gelöst wird. Es wurde dennoch versucht, in der Beschreibung der Umweltwirkungen so allgemein zu bleiben, dass eine klare Trennung zwischen den Aufgaben des Raumordnungsverfahrens einerseits und den Aufgaben des nachfolgenden bau- und gewerberechtlichen Verfahrens andererseits sichtbar ist.

5. Bei der zusammenfassenden Erklärung:

6. Bei der Wirksamkeit der SUP:

7. Beim Monitoring:

8. Anderes:

### B.2 Was hat das Gelingen dieser SUP-Elemente gefördert? Wodurch?

Von Seiten der Gemeinde war ein hohes Verständnis für die Konfliktsituation erkennbar und ein starkes Bewusstsein dafür, dass die Entscheidung des Gemeinderats auf einer relativ konkreten und nachvollziehbaren Darstellung der Umweltwirkungen beruhen muss. Dabei war auch ein hohes Verständnis für die Notwendigkeit einer transparenten Information der betroffenen Bevölkerung gegeben.

**B.3 Was haben Sie bei dieser SUP gelernt? Welche Erfahrungen können Sie weitergeben?**

**B.4 Welche besonderen Herausforderungen haben sich bei dieser SUP gestellt? Ergeben sich daraus offene Fragen, die noch zu klären sind?**